AZ B
3001 Bern
Adressänderungen an
Fach 7249, 6304 Zug

Nr. 3/2018
8. Oktober 2018

Pro Militia

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR EINE VERFASSUNGSMÄSSIGE UND GLAUBWÜRDIGE SCHWEIZER MILIZARMEE
PUBLICATION INDÉPENDANTE DÉFENDANT UNE ARMÉE DE MILICE CRÉDIBLE ET FIDÈLE À LA CONSTITUTION
PERIODICO INDIPENDENTE PER UN ESERCITO SVIZZERO DI MILIZIA CREDIBILE E CONFORME ALLA COSTITUZIONE

Pflicht zur echten Verteidigungsbereitschaft

Peter Schneider

Dass jedes Land und seine Einwohner auch im Innern permanent einer Vielzahl von Risiken, Gefahren und Bedrohungen ausgesetzt ist, wissen wir, wenn wir dies denn nur sehen wollen. Genau dasselbe gilt für externe Gefahren und Bedrohungen: Sie sind dauernd mehr oder weniger latent vorhanden, wenn man sie nur sehen will. Das Zusammenprallen von inneren und äusseren Bedrohungen kann fatale Folgen haben.

Externe Bedrohungen

Die Sicherheitslage hat sich in den vergangenen zwei, drei Jahren dramatisch verschlechtert.
In *Europa* lähmen Wahlen in wichtigen Mitgliedstaaten die EU, zudem ist der Austritt Grossbritanniens (der so genannte Brexit) noch bei weitem nicht ausgestanden. Die EU wird auf lange Zeit mit sich selbst beschäftigt sein. Zahlreiche westeuropäische Staaten haben ihre Verteidigungsetats reduziert und vernachlässigen ihre Streitkräfte; die NATO steht als Konsequenz geschwächt da. Der Balkan kommt nicht zur Ruhe: So sind sich Griechenland und Mazedonien seit langem nur schon bezüglich des Namens des jungen Staates Mazedonien uneins. Slowenien und Kroatien streiten seit Jahren über die Grenzziehung im Golf von Piran. Die scheinbare Ruhe im Kosovo bricht ohne die KFOR wahrscheinlich zusammen. Russland rüstet auf – ohne klar auszumachende Absicht; wesentliche Teile des Heeres werden ersetzt bzw. modernisiert, daneben wird auch das Nuklearwaffenarsenal einer Erneuerung unterzogen. Die mit modernen Mitteln 2014 annektierte Krim bleibt Russisch.

Weite Teile *Afrikas* versinken in Kriegen, Bürgerkriegen und im Sumpf der Korruption; von den weltweit 20 korruptesten Staaten liegen 17 in Afrika. Das Klima, Misswirtschaft und ein explodierendes Bevölkerungswachstum führen zu grossen Migrations- und Asylströmen.
Der *mittlere* Osten ist undurchsichtiger denn je, die Kämpfe in Syrien werden wohl noch länger anhalten. Baschar al-Assad ist unbestritten ein Despot; ihn absetzen bedeutet indes ein noch grösseres Chaos – ein Nachfolger ist so wenig in Sicht wie damals nach Muammar al-Gaddafi in Libyen oder Saddam Husein im Irak! Frieden will niemand, alle verfolgen ihre eigenen Interessen: die USA, Russland, die Türkei, der Iran und Saudi-Arabien, der IS und die Kurden. Die Folge ist Krieg, Chaos und viele Flüchtlinge und Migranten. In der Türkei hatte sich das Verhältnis des Staates zum Islam unter Mustafa Kemal Atatürk grundlegend geändert. Der Laizismus mit strikter Trennung von Religion und Staat wurde eingeführt; die Armee trat oft als dessen Garant auf. Unter Erdogan erhielt der Islam wieder Vortritt vor dem Laizismus und der Demokratie. Nach dem misslungenen Putsch der Armee im Juli 2016, wurde diese im wahrsten Sinne geköpft. Tür und Tor sind nun offen für ein islamisch begründetes, per Abstimmung legitimiertes, autoritäres Regime unter Präsident Erdogan und seiner AKP. Die Kündigung des Atomvertrages mit dem Iran durch die USA könnte die islamische Republik dazu verleiten, ihre Sicherheit in eigenen Atomwaffen zu suchen. Der mittlere Osten würde um eine Nuklearmacht reicher.

Die *USA* mit der grössten Armee innerhalb der NATO ist ebenfalls unberechenbarer geworden, eine aussenpolitische Strategie ist nur schwer zu erkennen. Die Folgen des von Washington gestarteten Wirtschaftskriegs sind noch nicht abschätzbar. Ob der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un die in Singapur zugesagte Denuklearisierung auch wirklich will, ist ungewiss, sie wird sich zumindest sehr lange hinziehen, denn sie ist Kims einziger Trumpf.

Bedrohungen für die Schweiz

Die Schweiz wird auch in Zukunft immer wieder machtpolitischen

Peter Schneider

Bedrohungen ausgesetzt sein. In der Neuzeit 1870, 1914 und 1939 war sie dafür nie bereit. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs entging sie mit Glück einer deutschen Besetzung, später war die Verteidigungsbereitschaft etwas besser. Im Kalten Krieg war unser Land dann effektiv bereit.
Heute laufen wir Gefahr, im Dickicht der täglichen Nachrichten die wirklichen Bedrohungen zu verdrängen. Dies, weil wir das Undenkbare nicht mehr denken wollen, oder aus falsch verstandener «Political Correctness». Die Gretchenfrage ist doch, ob es militärische oder gewalttätige Bedrohungen gegen unser Land gibt oder geben kann. 1933 haben wohl nur wenige Menschen in der Schweiz eine Bedrohung erkannt, sechs (!) Jahre später brach der Krieg an unserer Grenze aus.

Relevant ist die gefährlichste Bedrohung, die uns existentiell in Frage stellt. Dies aus der Optik, dass moderne Kriege komplexer und diffuser sind, dass sie gleichzeitig im Innern und an der Grenze stattfinden können, mit allen Mitteln und Methoden, die uns Schaden zufügen und lähmen können. Die Frage der Wahrscheinlichkeit ist dabei irrelevant, denn diese Wahrscheinlichkeit kann fünf bis zehn Jahre im Voraus gar nicht beurteilt werden. Eine äussere Bedrohung ist somit immer möglich. Daraus folgt, dass eine Verteidigungsbereitschaft gegen alle Mittel einer modernen Kriegführung geschaffen und erhalten werden muss.

Innere Bedrohung

Der Erste Weltkrieg ist in unserer Erinnerung etwas verblasst, er stellte in der Neuzeit aber eine sehr grosse Bedrohung für unser Land dar. Im August 1914 brach in Frankreich, Deutschland und Österreich der Krieg aus. Es war (und blieb) unklar, ob Deutschland oder Frankreich für die Schweiz die grössere Bedrohung darstellte: Für Deutschland wie Frankreich war die südliche Umgehung der feindlichen Festungsstellungen eine echte, von beiden geplante Alternative. Die Schweizer Armee war schlecht vorbereitet und blieb es im Wesentlichen auch bis 1918. Politik und Bevölkerung waren tief gespalten in ein französisch- und deutschfreundliches Lager. Die Wahl Willes zum Oberbefehlshaber fiel besonders in der Romandie auf Misstrauen.
Die äussere Bedrohung nahm ab, als die Kampfhandlungen sich zunehmend in den Norden und nach Belgien verschoben. Die innere Bedrohung der Schweiz nahm dagegen zu. Ein Soldat leistete im Durchschnitt etwa 500 Diensttage und erhielt keine Verdienstausfallentschädigung. Das soziale Klima verschlechterte sich während des Krieges und führte in ärmeren Bevölkerungsschichten zu harten Notlagen. Dies schuf die Rahmenbedingungen für den Generalstreik.

Es muss heute als Glücksfall bezeichnet werden, dass gegen Ende des Krieges kein Angriff gegen unser Land erfolgte, in einem Klima des inneren sozialen Aufruhrs. Beides gleichzeitig wäre wohl fatal gewesen, wie das Beispiel Russland 1917 zeigt: Der verlorene Krieg gegen Deutschland und die kommunistische Revolution im Innern bedeutete den vollständigen Zusammenbruch der Zarenherrschaft.

Die Gefahr für einen Staat nimmt dann exponentiell zu, wenn eine äussere Bedrohung und innere Spannungen zeitlich zusammentreffen. Der im Innern geschwächte Staat kann gegen einen äusseren Angriff insbesondere dann nicht bestehen, wenn unter Missachtung des Kriegsvölkerrechtes alle Formen und Mittel einer modernen Kriegführung ganz bewusst gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden (Subversion, Cyber War, fünfte Kolonne, etc.). Es stellt sich somit die Frage der Stabilität der Bevölkerung bei einer akuten externen Bedrohung bis hin zum Krieg.
In der Schweiz stellen wir fest, dass die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten wesentlich heterogener geworden ist. Ein Einstehen für traditionell schweizerische Wertvorstellungen darf bei einem Teil der Bevölkerung wohl nicht mehr automatisch angenommen werden. Der radikale Islam stellt auch in der Schweiz eine grössere militante Gruppierung dar, obwohl nur ein kleinerer Teil der etwa 360 000 praktizierenden Muslime radikalen Vorstellungen zuneigt. Die Ausgangslage für die Ausbreitung eines radikalen Islam ist indes günstiger denn je: In Westeuropa ist bereits eine beträchtliche islamische Bevölkerung etabliert, deren Instrumentalisierung und Radikalisierung könnten den Nährboden für innere Spannungen bilden. Verbunden mit einer unmittelbaren äusseren Bedrohung ist der Weg zu einer schweren Staatskrise nicht mehr allzu weit.

Die WEA Armee kann mit ihrem Bestand gegen eine äussere Bedrohung nicht bestehen. In einer gleichzeitig auftretenden, existenziellen Bedrohung im Innern wären die Sicherheitskräfte auf subsidiäre Unterstützung durch die Armee angewiesen; diese Unterstützung wird die Armee aber mangels Grösse und fehlender Mittel nicht leisten können. Dazu würde die Armee eines von mir schon früher geschätzten Bestandes von etwa 300 000 Armeeangehörigen bedürfen, aufgeteilt auf je etwas mehr als ein Viertel Schutzinfanterie und Kampftruppen und etwas weniger als 50 Prozent für Führung, zentrale Mittel, Logistik und Luftwaffe. Die Bundesverfassung hält klipp und klar fest, dass es eine Pflicht zur Verteidigungsfähigkeit gibt: Leider ist diese verfassungsmässige Pflicht mit der heutigen Armee bei weitem nicht erfüllt.

Peter Schneider,
Oberst i Gst a D ist Co-Präsident von Pro Militia.

Inhaltsverzeichnis
Table des matières
Indice

Pflicht zur echten Verteidigungsbereitschaft 1
Obbligo di una vera prontezza alla difesa 2
Garantir une capacité de défense crédible 3
Rückblick auf die Generalversammlung 4
Auswüchse des Zivildienstes 5
Sezione della Svizzera italiana 6
Museum im Zeughaus 6
Buchempfehlungen 7
Nein zum EU-Entwaffnungsdiktat 8
Werden Sie Mitglied! / Devenez membre! / Diventate soci! 8

L'obbligo di una vera prontezza alla difesa

Peter Schneider

Per sapere che tutti i Paesi e i loro abitanti sono permanentemente esposti a una moltitudine di rischi, pericoli e minacce interni, è sufficiente aprire gli occhi. Lo stesso dicasi dei pericoli e delle minacce esterni: sono sempre più o meno latenti, basta semplicemente volerli vedere. L'interazione tra minacce interne ed esterne può avere conseguenze fatali.

Minacce esterne

Negli ultimi due o tre anni la situazione in materia di sicurezza è drammaticamente peggiorata.
In Europa, le elezioni nei principali Stati membri paralizzano l'UE e l'uscita del Regno Unito (la cosiddetta Brexit) è tutt'altro che concretizzata. L'UE sarà occupata con se stessa per molto tempo. Molti Stati dell'Europa occidentale hanno ridotto i loro bilanci della difesa e trascurato le loro forze armate; la NATO si è di conseguenza indebolita. I Balcani non sono ancora riusciti a ritrovare la calma: Grecia e Macedonia, per esempio, sono da tempo in disaccordo già soltanto per quanto riguarda la denominazione del giovane Stato macedone. Slovenia e Croazia litigano da anni sul tracciato del confine nel Golfo di Pirano. Senza la KFOR, l'apparente calma nel Kosovo probabilmente svanirebbe. La Russia si sta riarmando – senza mostrare chiaramente le proprie intenzioni; componenti essenziali delle forze armate vengono sostituite o modernizzate, inoltre viene rinnovato anche l'arsenale nucleare. La Crimea, annessa con metodi moderni nel 2014 rimane russa.
Gran parte dell'Africa affonda nelle guerre, nelle guerre civili e nella corruzione; 17 dei 20 Paesi più corrotti del mondo sono in Africa. Il clima, la cattiva amministrazione e la crescita demografica esplosiva determinano grandi flussi migratori e di richiedenti l'asilo.
Il Medio Oriente è più impenetrabile che mai, in Siria i combattimenti dureranno probabilmente ancora a lungo. Bashar al-Assad è indiscutibilmente un despota; destituirlo significherebbe però un caos ancora maggiore, e un successore non è ancora in vista, come già fu il caso dopo Muammar al-Gheddafi in Libia o Saddam Hussein in Iraq! Nessuno vuole la pace, tutti perseguono i propri interessi: Stati Uniti, Russia, Turchia, Iran e Arabia Saudita, Stato islamico e Curdi. Le conseguenze sono la guerra, il caos e molti profughi e migranti. In Turchia, sotto Mustafa Kemal Atatürk il rapporto tra Stato e islam era cambiato radicalmente. Venne introdotto il laicismo, con una netta separazione tra religione e Stato, e l'esercito spesso fungeva da garante di tale laicismo. Sotto Erdogan, l'islam ha di nuovo preso il sopravvento sul laicismo e la democrazia. Dopo il fallito colpo di Stato militare del luglio 2016, le forze armate sono state letteralmente decapitate. Non vi è più alcun ostacolo a un regime – votato dal popolo – autoritario, basato sull'islam e guidato dal presidente Erdogan e dal suo AKP.
La denuncia da parte americana del

Peter Schneider

trattato nucleare con l'Iran potrebbe portare la Repubblica islamica a cercare sicurezza nelle proprie armi nucleari. Il Medio Oriente avrebbe una potenza nucleare in più.

Anche gli Stati Uniti, che dispongono delle forze armate più numerose della NATO, sono diventati più imprevedibili e una strategia in politica estera è soltanto difficilmente individuabile. Le conseguenze della guerra economica iniziata da Washington non sono ancora valutabili. La questione di sapere se il leader nordcoreano Kim Jong-un voglia davvero la denuclearizzazione promessa a Singapore rimane avvolta nell'incertezza e si trascinerà ancora per lungo tempo, perché è l'unico asso nella manica di Kim.

Minacce per la Svizzera

La Svizzera continuerà a essere esposta anche in futuro a minacce egemoniche. Nell'era moderna, nel 1870, nel 1914 e nel 1939 essa non fu mai pronta ad affrontare questo tipo di minacce. All'inizio della Seconda guerra mondiale riuscì a sfuggire a un'occupazione tedesca, e in seguito la prontezza alla difesa fu leggermente migliore. Durante la Guerra fredda il nostro Paese fu quindi effettivamente pronto.
Oggi, nel mare delle notizie quotidiane, corriamo dei rischi perché non vogliamo più pensare l'impensabile o vogliamo rifuggire dalle vere minacce a causa di una «correttezza politica» mal compresa. La domanda chiave è se ci sono o ci possono essere minacce militari o violente contro il nostro Paese. Nel 1933, in Svizzera soltanto poche persone hanno individuato una minaccia, ma sei (!) anni dopo ai nostri confini è scoppiata la guerra.

La minaccia rilevante è la minaccia più pericolosa, quella che pregiudica la nostra stessa esistenza. In tale contesto occorre tenere conto del fatto che le guerre moderne sono più complesse e sfuocate, possono svolgersi contemporaneamente all'interno e ai confini, con tutti i mezzi e i metodi che possono danneggiarci e paralizzarci. La questione della probabilità è irrilevante, in quanto tale probabilità non può assolutamente essere valutata con cinque o dieci anni di anticipo. Una minaccia esterna è quindi sempre possibile. Ne consegue che deve essere realizzata e mantenuta una prontezza alla difesa nei confronti di tutti i mezzi di una guerra moderna.

Minaccia interna

La Prima guerra mondiale è assai sbiadita nella nostra memoria, ma nell'era moderna ha rappresentato una grande minaccia per il nostro Paese. Nell'agosto del 1914 scoppiò la guerra in Francia, Germania e Austria. Era (e rimane) poco chiaro se fu la Germania o la Francia a rappresentare per la Svizzera la minaccia più grande: tanto per la Germania quanto per la Francia, l'aggiramento a sud delle linee fortificate nemiche era un'alternativa reale prevista nei piani delle due Potenze. L'esercito svizzero era mal preparato e sostanzialmente lo rimase fino al 1918. Gli ambienti politici e la popolazione erano profondamente divisi in un campo favorevole ai Francesi e uno favorevole ai Tedeschi. La scelta di Wille quale comandante supremo incontrò diffidenza particolarmente nella Svizzera romanda.
La minaccia esterna diminuì quando i combattimenti si spostarono progressivamente a nord e in Belgio. Per contro, in Svizzera si acuì la minaccia interna. Un soldato prestava in media circa 500 giorni di servizio e non riceveva alcuna indennità per la perdita di guadagno. Durante la guerra il clima sociale peggiorò e nelle fasce più povere della popolazione generò situazioni di assoluta emergenza. Questo creò le condizioni per lo sciopero generale.

Oggi si può definire un caso fortunato il fatto che verso la fine della guerra non vi sia stato un attacco contro il nostro Paese, in un clima di agitazioni sociali interne. Se si fossero realizzati entrambi contemporaneamente, ciò avrebbe probabilmente avuto un esito fatale come mostra l'esempio della Russia nel 1917: la sconfitta contro la Germania e la rivoluzione comunista interna significarono il crollo totale del regime zarista.

Il pericolo per uno Stato aumenta esponenzialmente quando una minaccia esterna e tensioni interne sono contemporanee. Lo Stato indebolito al suo interno non può resistere a un attacco esterno soprattutto quando, in flagrante violazione del diritto internazionale bellico, vengono deliberatamente impiegati contro la popolazione civile tutte le forme e tutti i mezzi propri della guerra moderna (sovversione, cyberguerra, quinta colonna ecc.). Si pone quindi la domanda della stabilità della popolazione in caso di una acuta minaccia esterna che può arrivare fino alla guerra.
Possiamo constatare che negli ultimi decenni in Svizzera la popolazione è diventata molto più eterogenea. Un impegno a favore dei valori svizzeri tradizionali potrebbe non essere più automatico per una parte della popolazione. L'islam radicale rappresenta un importante gruppo militante anche in Svizzera, malgrado solo una piccola parte dei circa 360 000 musulmani praticanti sia incline a idee radicali. La situazione di partenza per la diffusione di un islam radicale, tuttavia, è più favorevole che mai: nell'Europa occidentale si è già stabilita una popolazione islamica significativa, la cui strumentalizzazione e radicalizzazione potrebbe costituire il terreno fertile per tensioni interne. In combinazione con una minaccia esterna immediata, la via verso una grave crisi di Stato è assai prossima.
L'esercito scaturito dall'USEs non può far fronte, con il suo effettivo, a una minaccia esterna. Nel caso di una contemporanea minaccia esistenziale interna, le forze di sicurezza dipenderebbero dall'appoggio sussidiario dell'esercito, ma l'esercito non sarà in grado di fornire tale appoggio a causa della mancanza di personale e di mezzi. Per questo, secondo una mia stima l'effettivo dell'esercito dovrebbe essere di circa 300 000 militari, destinati in misura lievemente superiore a un quarto ciascuno alla fanteria di protezione e alle truppe da combattimento e, in misura di poco inferiore al 50%, alla condotta, ai mezzi centralizzati, alla logistica e alle Forze aeree.
La Costituzione federale sancisce che esiste un obbligo di realizzare la capacità di difesa: sfortunatamente, questo obbligo costituzionale è lungi dall'essere adempiuto con l'esercito di oggi.

Peter Schneider,
colonnello SMG a riposo,
è copresidente di Pro Militia.

Referendum contro il recepimento della Direttiva UE sulle armi

La Comunità di interessi del tiro svizzero (CIT) – che rappresenta 14 differenti associazioni con un totale di quasi 200'000 soci – indice il referendum contro il recepimento della Direttiva UE sulle armi.

La modifica della legge vigente, decisa dal Consiglio federale e dalla maggioranza del Parlamento, a medio termine significa per la Svizzera la fine del tiro come sport di massa. Per la CIT questo è inaccettabile.

Il recepimento della Direttiva UE sulle armi non comporta nessun vantaggio in termini di sicurezza. Nel 2005 il Consiglio federale aveva promesso che Schengen non avrebbe comportato alcun inasprimento incisivo della legislazione svizzera sulle armi. Con la modifica di legge recentemente decisa questa promessa viene infranta.

Inasprimenti incisivi
Per non rischiare un conflitto con Bruxelles, il Consiglio federale e la maggioranza del Parlamento sono disposti a sacrificare i diritti dei cittadini svizzeri. Werner Salzmann, Consigliere nazionale UDC e presidente dell'Associazione sportiva di tiro del Canton Berna: «Questo diktat che ci impone di disarmarci è ingiusto, liberticida, inutile, pericoloso e antisvizzero – non ci resta altro da fare che ricorrere al referendum. Il popolo ha il diritto di decidere se voglia lasciarsi imporre leggi insensate e inutili, che vengono promulgate solo a motivo della pressione dall'estero».
Assolutamente inaccettabile è poi il fatto che la nuova legge prevede obblighi, come quello della registrazione a posteriori, che alle urne sono già stati respinti esplicitamente: un tale disprezzo della volontà popolare è indegno della nostra democrazia.

Anche se lo ripetono in continuazione: l'applicazione prevista per la Direttiva UE non è pragmatica. Piuttosto si intende creare un mostro burocratico. Infatti con la revisione della legge vengono proibiti l'acquisto e il possesso delle armi semiautomatiche normalmente reperibili in commercio. Chi in futuro volesse tenere queste armi – che verrebbero proibite – dovrebbe fornire subito la prova di averne bisogno. E non si tratta solo di indicare il motivo per cui si vuole acquistare o possedere un'arma: il proprietario dovrebbe eseguire periodicamente esercizi di tiro. Questa è una restrizione massiccia rispetto alla legislazione vigente!
Inoltre la revisione della legge lascia il compito di definire aspetti importanti a un'ordinanza di esecuzione, che dovrebbe essere elaborata dal Consiglio federale e dall'Amministrazione. A questo riguardo né il Parlamento né il popolo potrebbero obiettare nulla.

Appartenenza a Schengen
Il Consiglio federale e la maggioranza del Parlamento sostengono che un rifiuto della modifica di legge metterebbe in pericolo l'appartenenza della Svizzera a Schengen. Ma è soltanto la Svizzera a dover decidere se recepire o meno la Direttiva UE sulle armi. La Svizzera può limitarsi semplicemente a constatare che la legislazione vigente soddisfa tutti gli aspetti della Direttiva UE sulle armi e che quindi non occorrono altri adeguamenti.
Ulteriori informazioni:
www.Diktat-UE-No.ch

Redazione

Notre devoir est de garantir une capacité de défense crédible

Peter Schneider

Le fait que chaque pays et ses habitants soient confrontés à un grand nombre de risques, dangers et menaces à l'intérieur même du territoire est une vérité première pour toute personne avertie. Il en va de même pour ce qui concerne les dangers et autres menaces en provenance de l'extérieur: ceux-ci sont latents si l'on prend la peine d'y être attentif et évite de se voiler la face. Nul doute que la simultanéité des deux menaces peut avoir des conséquences fatales.

Menaces extérieures

La situation au niveau de la sécurité s'est considérablement détériorée ces deux à trois dernières années.
En *Europe*, les élections successives et autres votations dans des pays influents de l'Union Européenne (UE) ont un effet paralysant. Le choix de la Grande-Bretagne de quitter l'UE (Brexit) entraîne d'âpres négociations et les conséquences de ce divorce sont encore difficiles à évaluer. L'UE, pour encore de longues années, va devoir se préoccuper essentiellement d'elle-même.
Les budgets de défense de nombre d'Etats de l'Europe de l'Ouest ont été drastiquement réduits et leurs armées le plus souvent délaissées et négligées. L'OTAN elle-même en ressort affaiblie. Les Balkans demeurent instables: ainsi, la Grèce et la Macédoine n'arrivent toujours pas à s'entendre sur le nom que doit porter le jeune Etat. La Slovénie et la Croatie se disputent depuis des années sur la définition de la ligne frontière dans la baie de Piran. Le calme apparent au Kosovo n'est probablement assuré que par la présence de la KFOR *(Kosovo Force)*.
La Russie se réarme – sans signaler clairement ses intentions; des parties importantes des Forces terrestres sont restructurées, respectivement modernisées. L'arsenal nucléaire est lui-même renouvelé. La Crimée, annexée en 2014 par des moyens modernes, demeure territoire russe.

Des parties entières du continent africain ont sombré dans la guerre conventionnelle, la guerre civile et le marécage de la corruption; sur les 20 états enregistrés comme les plus corrompus au monde, 17 sont situés en Afrique. L'évolution du climat, une économie aux abois comme l'augmentation massive de la population entraînent de grands mouvements de population et renforcent le courant des requérants d'asile.
Le Moyen-Orient est plus compliqué que jamais et les combats en Syrie ne sont pas près de se terminer. Baschar al-Assad est sans doute un despote; le renverser entraînerait probablement un chaos encore plus grand – un successeur est aussi peu en vue qu'à l'époque d'un Muammar al-Gaddafi en Lybie ou un Saddam Husein en Irak! Personne ne semble vraiment réclamer la paix, chacun est à la recherche de son seul propre intérêt: les USA, la Russie, la Turquie, l'Iran et l'Arabie Saoudite, l'IS et les Kurdes. La conséquence est la guerre, le chaos et un grand nombre de réfugiés et de mi-grants.
La relation entre l'Etat et l'Islam s'était profondément modifiée sous le régime de Mustafa Kemal Atatürk en Turquie. Une stricte laïcité imposant une claire séparation entre la religion et l'Etat fut introduite; l'armée jouant souvent le rôle de garant de cette situation.
L'Islam retrouva sa suprématie sur la laïcité sous Erdogan. La prééminence de la laïcité fut véritablement décapitée suite à l'échec de la tentative de putsch de l'armée en 2016. Rien ne semble aujourd'hui résister à la consolidation d'un régime autoritaire islamique légitimé par les élections sous la conduite du président Erdogan et de son parti l'AKP (Parti de la justice et du développement). La résiliation de l'accord sur le nucléaire par les USA pourrait conduire la République Islamique d'Iran à renforcer sa sécurité en s'équipant d'un armement nucléaire. Le Moyen-Orient « s'enrichirait » alors d'une nouvelle puissance nucléaire. Les USA qui disposent de la plus puissante armée au sein de l'OTAN sont également devenus imprévisibles, leur stratégie en matière de politique étrangère est indéfinissable et assez louvoyante.
Les conséquences de la guerre économique déclarée par Washington sont difficiles à évaluer. La dénucléarisation promise à Singapour par le potentat nord-coréen Kim Jong-un est encore bien incertaine. Elle pourrait surtout mettre bien longtemps à se réaliser puisque véritablement seul atout majeur en main de Kim.

Menaces sur la Suisse

La Suisse ne sera pas davantage à l'abri des menaces politicomilitaires à l'avenir. Elle n'a jamais été prête à y faire face dans l'époque moderne, ni en 1870, ni en 1914, ni en 1940. Elle n'a échappé qu'avec chance à une occupation allemande au début de la Seconde Guerre mondiale. Sa capacité de défense n'a vraiment été réalisée que plus tard, et encore partiellement. Cette défense fut plus consistante et crédible au temps de la Guerre froide.
Le danger qui nous guette aujourd'hui, perdus dans le flux des News quotidiennes, est de ne plus être capable d'imaginer l'impensable ou, aveuglés par le « politiquement correct », de ne plus vouloir ou pouvoir saisir la réalité des menaces qui nous guettent.
La question qui nous turlupine est de savoir si des menaces d'ordre militaire et d'autres formes de violence collective peuvent menacer la Suisse ou pas. Peu de personnes ont su reconnaître en 1933 qu'une menace naissait du côté de l'Allemagne, six années plus tard, la guerre déferlait à nos frontières.
La menace la plus dangereuse, celle qui peut remettre en question notre propre existence, doit être à la base de toutes nos réflexions. Les guerres modernes sont devenues plus complexes et la menace plus diffuse. Qu'elles se déroulent alors dans le même temps à l'intérieur comme à l'extérieur de nos frontières. Qu'elles engagent des moyens et utilisent des méthodes susceptibles de créer de gros dégâts, de détruire ou de complètement paralyser le pays sont les fondements de toute appréciation sérieuse. La question de la probabilité n'est pas un critère suffisant car elle ne peut être appréciée cinq ou dix ans à l'avance. Une menace extérieure est possible en tout temps. En conséquence, la capacité de se défendre face à tous les moyens constituants d'une guerre moderne doit être recherchée, garantie, entretenue et développée.

Sécurité intérieure

La Première Guerre mondiale, même si elle a aujourd'hui quelque peu disparu de nos mémoires – a représenté à l'époque une très grande menace pour notre pays. La guerre éclata en Août 1914 entre la France, l'Allemagne et l'Autriche. On ne savait et ne sut pas vraiment lequel des belligérants, France ou Allemagne, représentait le plus grand danger pour la Suisse: le contournement des lignes de fortifications ennemies par le Sud représentait une vraie alternative qui fut alors planifiée par les deux belligérants. L'armée suisse était fort mal préparée et le demeura pour l'essentiel jusqu'en 1918. La classe politique et la population étaient profondément divisées entre un camp francophile et un clan germanophile. L'élection de Wille comme commandant en chef entraîna une certaine méfiance, en particulier en Suisse romande.

La menace extérieure se calma quelque peu au moment ou les combats se portèrent de plus en plus vers le Nord et la Belgique.

Par contre, la menace intérieure augmenta. Un soldat accomplissait en moyenne environ de 500 jours de service sans bénéficier pour autant de compensation financière. Le climat social se durcit pendant la guerre et conduisit dans les couches les moins favorisées de la population à des situations de plus en plus difficiles. Cette évolution créa les conditions qui conduisirent à la grève générale.
On peut se déclarer heureux aujourd'hui qu'aucune attaque contre notre pays ne fut alors déclenchée dans ce climat de rupture sociale. Comme l'exemple russe de 1917 le montre, la conjugaison des deux au même moment aurait pu être fatale à notre pays. La guerre perdue contre l'Allemagne et la révolution bolchévique au cœur même du pays entraînèrent l'effondrement du régime tsariste.
Le danger pour un pays augmente de manière exponentielle si une menace extérieure vient s'ajouter à des tensions intérieures. Un Etat affaiblit à l'intérieur ne peut que très difficilement résister si, sans aucun respect du droit de la guerre, toutes les formes et tous les moyens de conduite d'une guerre moderne sont sciemment engagés contre la population civile (subversion, Cyber War, cinquième colonne, etc.). Ainsi, la question de la stabilité de la population se pose en cas de menace extérieure accrue pouvant conduire jusqu'à la guerre.
Il faut admettre qu'en Suisse, la population est devenue beaucoup plus hétérogène ces dernières dizaines d'années. L'acceptation de valeurs admises comme traditionnellement suisses ne va plus forcément et automatiquement de soi pour une partie importante de la population. L'Islam radical représente en Suisse comme ailleurs un groupement toujours plus important, même si seulement une petite partie des environ 360 000 Musulmans en Suisse sont sensibles aux positionnements radicaux. Les conditions pouvant conduire au développement d'un Islam radical sont pourtant plus favorables que jamais: une importante population islamisée s'est établie en Europe occidentale. Son instrumentalisation et sa radicalisation pourraient constituer le terreau de tensions intérieures. Qu'une menace extérieure vienne s'y ajouter et nous ne serions plus très loin d'une grave crise de l'Etat.

L'armée suisse issue de la Réforme dite Développement de l'armée n'est plus en mesure de faire face à une menace extérieure. Qu'une menace existentielle intérieure se dessine simultanément et les forces de sécurité seraient dans l'obligation de faire appel au soutien subsidiaire de l'armée. Tout simplement par manque de moyen et du fait de sa petite taille, l'armée ne saurait soutenir, même subsidiairement, les forces de sécurité. Comme je l'ai déjà évoqué à une autre occasion, l'armée devrait pouvoir disposer d'un effectif approximatif de 300 000 militaires, répartis pour quart entre l'infanterie de protection et pour un autre quart entre les troupes de combat, un peu moins de la moitié étant engagés dans la conduite, les moyens centralisés, la logistique et les forces aériennes. La Constitution fédérale est très claire sur le sujet et fixe que le devoir de l'armée est de garantir une capacité de défense crédible: il faut déplorer que l'armée d'aujourd'hui n'est plus en mesure d'y être fidèle.

Peter Schneider,
Colonel EMG aD,
est co-président de Pro Militia.

Référendum contre l'adoption de la directive de l'UE sur les armes

La Communauté d'intérêts du tir suisse (CIT) – représentant 14 associations différentes avec un total de près de 200 000 membres – saisit le référendum contre l'adoption de la directive européenne sur les armes.

La modification de la loi votée par le Conseil fédéral et la majorité parlementaire signifie à moyen terme la fin du tir en tant que sport populaire en Suisse, ce qui est inacceptable pour la CIT.

L'adoption de la directive européenne sur les armes n'apporte aucune amélioration de la sécurité. En 2005, le Conseil fédéral a promis que l'association de la Suisse à l'espace Schengen n'entraînerait pas de durcissement radical de la législation suisse sur les armes. Cette promesse sera rompue avec la modification de la loi qui vient d'être décidée.

Durcissements radicaux

Afin de ne pas risquer un conflit avec Bruxelles, le Conseil fédéral et la majorité parlementaire veulent sacrifier les droits des citoyennes et citoyens suisses. Werner Salzmann, conseiller national et président de l'Association bernoise sportive de tir, le souligne: «Ce diktat du désarmement est inique, liberticide, inutile, dangereux et antisuisse; nous n'avons d'autre choix que de saisir le référendum. Le peuple doit pouvoir décider s'il accepte qu'on lui donne des lois inutiles et dénuées de sens qui n'ont été promulguées que sous la pression étrangère.»
Ce qui est particulièrement choquant, c'est que la loi adoptée prévoit des conditions, telles que l'obligation de l'enregistrement a posteriori, qui ont été explicitement rejetées dans les urnes: un tel mépris de la volonté du peuple est indigne de notre démocratie.

Bien que l'on répète le contraire à l'envi, la mise en œuvre prévue de la directive européenne n'est pas pragmatique. C'est bien plutôt un véritable monstre bureaucratique qui serait crée. La révision de la loi interdit en effet l'acquisition et la détention d'armes semi-automatiques ordinaires. Toute personne désirant posséder, à l'avenir, de telles armes – prochainement interdites – va devoir fournir désormais une preuve de nécessité. Il ne suffira pas d'indiquer la raison de l'acquisition et de la détention d'une arme: le propriétaire devra également prouver de manière régulière sa participation à des épreuves de tir. Il s'agit d'une restriction massive par rapport à la loi actuelle!
La révision de la loi abandonne également des dispositions importantes à une ordonnance d'exécution élaborée par le Conseil fédéral et l'administration. Par conséquent, ni le Parlement ni le peuple n'auront leur mot à dire à ce sujet.

L'espace Schengen pas menacée

Le Conseil fédéral et la majorité parlementaire suisse affirment que le rejet de la modification de la loi compromettrait l'appartenance de la Suisse à l'espace Schengen. Pourtant, la mise en œuvre de la directive de l'UE sur les armes est laissée à l'entière discrétion de la Suisse. La Suisse peut tout simplement constater que notre législation sur les armes satisfait à toutes les exigences de la directive européenne sur les armes et qu'aucun ajustement n'est nécessaire. Pour plus amples informations:
www.Diktat-UE-Non.ch

Rédaction

Mitgliederversammlung Pro Militia 2018 am 26. Mai in Luzern

Am Samstag 26. Mai fand im Armeeausbildungszentrum in Luzern (AAL) zum ersten Mal eine Mitgliederversammlung von Pro Militia statt. Der Anlass stiess auf grosses Interesse, so dass im nächsten Jahr erneut eine Mitgliederversammlung geplant ist.

Theo Biedermann

Es ist Pro Militia ein grosses Anliegen, den Austausch und das gesellige Beisammensein innerhalb unserer Bewegung zu stärken und zu fördern.
Aus diesem Grund hat der Vorstand beschlossen, neben den regelmässigen Truppenbesuchen einmal jährlich auch eine Mitgliederversammlung durchzuführen.

Die Mitglieder von Pro Militia machten von diesem neuen Angebot erfreulich regen Gebrauch. So fanden sich Ende Mai bei schönstem Wetter über 100 Mitglieder im Armeeausbildungszentrum Luzern (AAL) ein. Neben der der Verabschiedung der aktualisierten Statuten standen unter anderem auch Wahlen in das Präsidium und in den Vorstand auf der Traktandenliste. Zudem verabschiedeten die Anwesenden eine sicherheitspolitische Resolution.

Franz Grüter

Verabschiedungen
Wahlen von neuen Mitgliedern in den Vorstand bedeuten zugleich auch immer, dass bewährte Kräfte den Vorstand verlassen. An der diesjährigen Mitgliederversammlung musste sich Pro Militia von drei langjährigen, hochverdienten Vorstandsmitgliedern verabschieden. Divisionär Paul Müller als umsichtiger Stratege im Hintergrund trat ebenso von seinem Amt zurück wie der verdiente Kämpe Heinz Müller; Pro Militia dankt beiden sehr herzlich für ihr grosses Engagement. Daniel Urech oblag es schliesslich, in einer kurzen Laudatio Korpskommandant Simon Küchler, den langjährigen Präsidenten unserer Vereinigung und unermüdlichen Verfechter einer glaubwürdigen Milizarmee zu würdigen und zu verabschieden.

Referat von Franz Grüter
Neben dem statutarischen Teil und vor dem für ein aktives Vereinsleben so wichtigen geselligen Abschluss wandte sich Pro Militia einem aktuellen Thema der Sicherheitspolitik zu: In einem brillanten Vortrag zeigte Nationalrat Franz Grüter (SVP, LU) in der ihm eigenen Dynamik auf, welche grossen Bedrohungen unserem Land und seinen Einwohnern durch Cyberrisiken drohen; bereits heute und in Zukunft noch viel mehr. Die kompetenten Ausführungen des erfolgreichen IT-Unternehmers Grüter sorgten bei den Anwesenden für viel Gesprächsstoff, was sich nicht nur bei den zahlreichen Fragen an den Referenten zeigte. Auch während des anschliessenden gemeinsamen Mittagessens wurde rege diskutiert.

Im Namen des Vorstands bedanke ich mich bei allen Teilnehmenden für Ihr Erscheinen. Sie alle haben dazu beigetragen, dass wir auf eine rundum erfolgreiche Mitgliederversammlung 2018 zurückblicken dürfen. Auf Wiedersehen im 2019!

Im Namen des Vorstandes von Pro Militia, Theo Biedermann, Co-Präsident

Fotos: Elena D'Alessandri und Manni Meier

Die Repräsentanten unserer Tessiner Sektion mit der Bandiera Svizzera.

Die Resolution der Mitgliederversammlung vom 26. Mai 2018 im Wortlaut

Resolution der Pro Militia Mitgliederversammlung:

1. Pro Militia erwartet von Bundesrat und Parlament nach Abschluss der WEA-Reform einen unverzüglichen Weiteraufbau der Armee in Bezug auf Bestände, Ausrüstung, Bewaffnung und Führung, um die verfassungsmässige Verteidigungsbereitschaft sicher zu stellen und den aktuellen und neu entstehenden Bedrohungen wirkungsvoll zu begegnen.

2. Will der Bundesrat seine «Strategie der Schweiz zur Terrorismusbekämpfung» vom 18. September 2015 umsetzen und insbesondere die lebenswichtigsten Objekte schützen, müssen die Bestände massiv erhöht, und es muss sichergestellt werden, dass die Verteidigungsbereitschaft kurzfristig erreicht werden kann.

3. Der Luftraum ist in Friedenszeiten lückenlos zu überwachen und bei konkreter Bedrohung mit modernster Kampfkraft zu schützen.

4. Zur wirkungsvollen Bekämpfung von Cyber-Angriffen sollen die Behörden mit Wirtschaft, Wissenschaft und weiteren interessierten Bereichen eng zusammenarbeiten.

5. Die politischen Behörden haben die nötigen Finanzen bereitzustellen, damit die mittel- und langfristige Verteidigungsfähigkeit und damit die Unabhängigkeit und die Sicherheit von Land und Volk gewährleistet sind.

6. Das Regelwerk der Bundesverfassung ist für alle Schweizerinnen und Schweizer verbindlich. Auch die politischen Behörden und die Verwaltung dürfen sich nicht darüber hinwegsetzen.

Pro Militia, Luzern, 26. 5. 2018

Daniel Urech verabschiedet Simon Küchler (rechts).

Randbemerkung

Miliz am Boden – Appell an Politik

Bundesrat Ogi hat mit seiner Armee XXI und den damit verbundenen Rahmenbedingungen wie «Professionalisierung» und «Führung ab Bern» den Niedergang der Miliz eingeleitet.

Und dieser Prozess läuft ungehemmt weiter. Schon bestehen offenbar Probleme, für die Rekrutenschulen genügend Milizkader zu mobilisieren. Kein Wunder: Eine Milizkarriere bietet im Gegensatz zu früher kaum mehr reale Aufstiegschancen und entbehrt jeglicher Attraktivität. Auch die WK-Verbände werden zunehmend von «Profis» geführt.

Das ist eindeutig verfassungswidrig, denn gemäss den Gutachten der Professoren Schindler und Schweizer ist die Führung durch Milizkader bis in die höchsten Kommandostufen eines der wesentlichen Kriterien der Milizarmee. Wir stellen fest: Verfassungsverletzungen am laufenden Band bei der Armee XXI und auch bei der WEA – doch die Politik schaut einfach weg.

Dabei müsste gerade sie, die Politik, aktiv werden. «Die weit überdimensionierte, komplizierte und teure Führung ab Bern», beziehungsweise die 50 Generäle für 100 000 Mann werden kaum an ihren eigenen Stühlen sägen und auf ihre Privilegien verzichten. Nur eine massive Intervention durch die Politik zu Gunsten der Miliz kann diese noch retten, den Overhead in Bern abbauen und den verfassungsmässigen Zustand wieder herstellen.

Geschieht dies nicht, serbelt die Miliz dahin bis zu ihrem vollständigem Untergang. «Will die Politik wirklich eine solche Entwicklung?» Diese Frage muss hier und heute an die Bundespolitiker gestellt werden.

Argus

Die beiden Gutachten sind im Internet verfügbar:
Gutachten von Prof. Dr. Dietrich Schindler, Universität Zürich, vom 14. April 1999 u.a. zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen des Milizprinzips

Gutachten von Prof. Dr. Rainer J. Schweizer, vom 23. August 2010 u.a. zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen der Armee

Vernehmlassungsantwort zum Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums

Im Folgenden publizieren wir die Vernehmlassungsantwort von Pro Militia zum Planungsbeschluss über die Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraums (so genannte «Air 2030»). Das Schreiben ist an Botschafter Christian Catrina gerichtet in seiner Funktion als Delegierter des Chefs VBS für Air2030. (Red.)

Sehr geehrter Herr Botschafter
Wir danken Ihnen für die Einladung, am Vernehmlassungsverfahren über den Planungsbeschluss zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes teilnehmen zu dürfen.
Pro Militia ist eine Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die im Sinne von Artikel 6 der Bundesverfassung zur «Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft» beitragen. Sie alle setzen sich ein für die Äussere und die Innere Sicherheit unseres Landes und daher für eine verfassungsmässige, bedrohungsgerechte, glaubwürdige und entsprechend finanzierte Milizarmee. Die periodische Herausgabe der gleichnamigen, drei-sprachigen und unabhängigen Zeitung dient sowohl der Information der Mitglieder wie auch der Kommunikation nach aussen.

Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif Es braucht eine politische und öffentliche Diskussion über die langfristige Sicherheit des Werk- und Finanzplatzes Schweiz. Ungeachtet der aktuellen Bedrohungen müssen die sicherheitspolitischen Instrumentarien permanent und funktionsbereit vorhanden sein. Wer sie bei steigender Bedrohung schaffen will kommt zu spät. Es muss zu denken geben, dass die Schweiz mit 0,76% BIP für Militärausgaben sich auf dem 123. Rang von 141 erfassten Staaten befindet (CIA World Factbook 2016).

> *«Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. Es braucht eine politische und öffentliche Diskussion über die langfristige Sicherheit des Werk- und Finanzplatzes Schweiz.»*
> *Pro Militia*

Die vorliegenden Rechtsgutachten[1] halten fest, dass die WEA-Armee die verfassungsmässigen Vorgaben nicht erfüllen kann, weder im Bereiche der Inneren Sicherheit (Schutz kritischer Infrastruktur / lebenswichtiger Objekte) noch im Verteidigungsauftrag. Wir erwarten vom Bundesrat und Parlament, dass bis spätestens 2030 die Armee in den Bereichen Bestand, Ausrüstung und Strukturen wieder auf einen glaubwürdigen Level gebracht wird, unter Einsatz der notwendigen Finanzen. Mindestens ein Teil dieser Anforderungen muss die WEA bis 2021 erfüllen.

Pro Militia ist besorgt über den aktuellen Zustand der Armee, der als unbefriedigend bezeichnet werden muss. Waffensysteme sind unvollständig oder fehlen (Unterstützungswaffen, Kampfflugzeuge, Bodengestützte Luftverteidigung BODLUV, Kampffahrzeuge usw.). Die WEA muss rasch um- und durchgesetzt werden, um die Milizarmee wieder zu stabilisieren und den Sinkflug zu stoppen.

Dazu sind aus der Sicht von Pro Militia folgende Voraussetzungen unabdingbar:

- Sicherstellung der Finanzen von mindestens CHF 5 Milliarden pro Jahr plus einem jährlichen Zuwachs von mindestens 1,5%;
- Die Sicherstellung des Sollbestandes (100 000 AdA) setzt einen Effektivbestand von mindestens 140 000 AdA voraus. Die Abgänge in den Zivildienst sind zu reduzieren. Dies erfordert eine Anpassung der Rechtsgrundlagen;
- Vollausrüstung aller Verbände durch Nachrüstung oder Neubeschaffung in allen Bereichen, insbesondere der Grossprojekte «Neues Kampfflugzeug», «BODLUV» (erste Hälfte der 2020er-Jahre) und des Ersatzes der Kampffahrzeuge (zweite Hälfte der 2020er-Jahre). Die Finanzierung dieser Grossprojekte ist zu gewährleisten.

Der Vorstand der Pro Militia unterstützt den Planungsbeschluss in beiden Varianten (mit oder ohne Bodluv), weil die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges Priorität hat.

Zum Referendum haben wir grundsätzliche Bedenken. Wir haben die Befürchtung, dass zukünftig alle Rüstungsgeschäfte mit grösserer Tragweite dem Referendum unterstellt werden könnten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die staatspolitische Kommission des Nationalrates. Der Begriff «von grosser Tragweite» muss unserer Erachtens vom Bundesrat klar definiert werden.

Für den Vorstand der Pro Militia,
Theo Biedermann, Major aD,
Co-Präsident Pro Militia

[1] Vgl. die beiden auf Seite 4 dieser Ausgabe erwähnten Rechtsgutachten Schweizer und Schindler.

«Gewisse Gründe» statt «Gewissensgründe» – Stopp dem Abschleichen in den Zivildienst

Die Weiterentwicklung der Armee (WEA), wird zurzeit umgesetzt. Bereits jetzt ist klar: Schieben Bundesrat und Parlament der faktischen Wahlfreiheit im Zivildienst nicht rasch und resolut den Riegel, wird die jüngste Armeereform an den fehlenden Bestandszahlen der Armee scheitern.

Ein schönes Beispiel für den heute allgegenwärtigen Missbrauch des Zivildienstes lieferte – wenn auch unfreiwillig – diesen Sommer ein Leserbrief in der Aargauer Zeitung, den Pro Militia hier mit freundlicher Genehmigung des Verlags CH Medien[1] auszugsweise abdrucken darf. Der Autor des Leserbriefs nimmt Bezug auf einen Artikel, den die Aargauer Zeitung zum Thema *Abschleicher aus dem Zivildienst* publiziert hatte.

Wir begnügen uns hier mit der Wiedergabe zentraler Passagen aus dem Leserbrief. Die Hervorhebungen stammen von Pro Militia:
«Wir haben zwei Enkel (…). Der ältere ging in die Rekrutenschule und wurde nachher sofort Zivi. Auf meine Frage warum, bekam ich die Antwort: Langweiliger Leerlauf etc. *Das einzige Positive für ihn, er kann jetzt alle Fahrzeuge fahren*. Dieser Mann hat eine Ausbildung als Informatiker mit berufsbegleitender Matur. Dem Jüngeren, (…) wurde schon während der Gymnasialzeit der Verleider gemacht. Eine Militärperson hielt der Klasse einen Vortrag, um sie für das Militär zu begeistern. Was da erzählt wurde, weiss ich nicht genau, aber nach Aussage meines Enkels wurde mit Machosprüchen versucht, diese Burschen zu begeistern. Resultat: *Es haben sich alle zum Zivildienst gemeldet*.»

[1] Der vollständige Inhalt des im Artikel auszugsweise zitierten Leserbriefes ist auf Anfrage bei der Redaktion erhältlich.

Der Leserbrief zeigt exemplarisch drei grundlegende Probleme des heute grassierenden Zivildienst-Missbrauchs auf:
1. Der im Leserbrief erwähnte ältere Enkel liess sich offenbar im Militärdienst auf Kosten der Allgemeinheit zum Lastwagenfahrer ausbilden, nur um danach sofort in den Zivildienst abzuschleichen.
Leider ist es heute möglich, sich auf Kosten von Armee und Steuerzahler eine auch im zivilen Umfeld verwendbare Ausbildung gratis zu erschleichen. Pro Militia fordert, dass dieser moralisch verwerfliche Missbrauch von militärischen Ausbildungsressourcen und Steuergeldern sofort abgestellt wird.
2. Der im Leserbrief erwähnte jüngere Enkel entschied sich aufgrund eines Vortrags, der ihm nicht gefiel, auf den Militärdienst zu verzichten und stattdessen in den Zivildienst abzuschleichen.
Leider ist es heute für einen jungen Mann einfach so möglich, sich aufgrund jeglicher Lappalie (im konkreten Fall ein angeblich schlechter Vortrag) vor dem in der Verfassung verankerten Militärdienst zu drücken. Pro Militia fordert, dass dieses gesetzeswidrige, egoistische Verhalten rasch und resolut unterbunden wird.
3. Der Verfasser des Leserbriefs erachtet das Verhalten seiner beiden Enkel offensichtlich als völlig normal. Man stört sich also nicht daran, dass durch derart opportunistisches Abschleichen der ursprüngliche Sinn des Zivildienstes pervertiert wird.
Leider müssen wir heute von einer de facto Wahlfreiheit zwischen Zivilschutz und Militärdienst sprechen, dies in krassem Gegensatz zur Absicht des Gesetzes von 1992. Pro Militia verlangt, dass der faktischen Wahlfreiheit beim Zivildienst rasch und resolut der Riegel geschoben wird.

Die Evangelische Kirchgemeinde Wil/SG sucht via ihre Website einen Zivildienstleistenden für einen vierwöchigen Einsatz als Begleiter des vorweihnächtlichen Kinderkerzenziehens. Das Foto stammt von der Website der Evangelischen Kirchgemeinde Wil/SG

Strenge Gewissensprüfung
Es sei hier noch einmal in aller Deutlichkeit festgehalten: Das Schweizer Volk stimmte 1992 einem Zivildienstgesetz unter der Bedingung zu, dass vorab eine strenge Gewissensprüfung erfolgen müsse. Nach der Abschaffung dieser Gewissensprüfung durch das Parlament im Jahre 2009, besteht heute für Wehrpflichtige faktisch die freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. Dies stellt eine klare Verletzung des Zivildienstgesetzes dar.
Nun ist die Politik, aufgeschreckt von einer ebenfalls viel zu lange viel zu passiven Militärbürokratie endlich aufgewacht und pocht – zu Recht – auf Anpassungen beim Zivildienst. Allerdings reichen die bisher vorgeschlagenen, eher kosmetischen Massnahmen bei weitem nicht. Das Übel ist an der Wurzel zu packen: Wer in Zukunft Zivildienst leisten will, muss wieder eine strenge Gewissensprüfung durchlaufen, wie das vor 2009 der Fall war. Und so wie es im Gesetz von 1992 vorgesehen ist.

Redaktion

Schluss von Seite 7

Die Rehabilitation der Operation Sunrise in der Schweiz dauerte noch etwas länger. 2002 wurde eine Gedenkveranstaltung für Max Waibel in Ascona durchgeführt und er wurde posthum für seinen Mut und seine unermüdlichen Bemühungen geehrt.
Zum 60. Jahrestag der Operation Sunrise fand in Locarno 2005 ein internationales Symposium statt, an welchem die Schweiz die Bedeutung dieser Operation anerkannte und es erlaubte, öffentlich darüber zu diskutieren. Der damalige Bundespräsident hiess Max Waibels Handeln offiziell gut und die wichtige Rolle von Max Husmann wurde anerkannt.
Die zu diesem Symposium 2006 publizierten Akten tragen den Titel: Operation Sunrise. Atti del convegno internazionale, Locarno 2 maggio 2005, a cura di Marino Viganò e Dominic M. Pedrazzini.

Es ist schwieriger einen Krieg zu beenden als ihn anzufangen. Die Autorin hat in ihrem Buch Max Husmann detailliert gewürdigt und ihm ein spätes Denkmal gesetzt.

Roland Haudenschild

Brief an die Redaktion

Die SP ist der Feind unserer Armee
Da lese ich eine Aussage von Priska Seiler Graf, SP-Nationalrätin aus Zürich: «Bei der Armee hat man grundsätzlich etwas gegen den Zivildienst.» Ich konfrontiere Frau Seiler Graf mit einer anderen Aussage: «Bei der SP hat man grundsätzlich etwas gegen die Armee.»
Hierzu ein Zitat aus dem offiziellen SP-Parteiprogramm: «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreich ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden.»
Zurzeit ist die SP der grösste Feind unserer Armee. Studieren Sie dazu 100 Jahre Schweizer Geschichte, vom Generalstreik bis zur AHV und so weiter. Die SP würde sofort wieder umstellen auf «Pro Armee», wenn unsere heutige Sicherheit versagen würde. Nur wäre es dann zu spät.

Leserbrief von Hermann Bigler,
St. Gallen,
von der Redaktion leicht gekürzt.

Pro Militia: Sezione della Svizzera italiana SSI

Forte Mondascia: compie 50 anni la Società ticinese di artiglieria

Sono due quest'anno gli anniversari importanti per la storia militare ticinese e svizzera. Oltre all'80mo della prima scuola reclute di artiglieria di fortezza per militari ticinesi, nel 2018 si celebrano i 50 anni della fondazione della prima Società Ticinese di Artiglieria (STA).

Scuola Reclute d'Artiglieria, 1966, Airolo

Per sottolineare l'avvenimento il sodalizio, presieduto dal maggiore Luca Cattaneo, ha organizzato in collaborazione con il museo del forte Mondascia, presieduto da Osvaldo Grossi (che ha fatto gli onori di casa), una giornata conviviale dedicata agli artiglieri ticinesi. La manifestazione si è svolta domenica 27 maggio presso il Museo forte Mondascia di Biasca, già sede della Cp. Fort. I/9 del disciolto Gr. Fort. 9.

Lo scopo di questo raduno è stato quello di ritrovarsi tra ex commilitoni, arrivati da ogni parte del Ticino, per conservare i rapporti di amicizia e mantenere vive le tradizioni militari insieme allo spirito di corpo e all'attaccamento all'Arma.

Il convivio ha avuto luogo presso la sala Generale Guisan, preceduto da un momento di riflessione officiato dal cappellano militare, cap. Michele Fornara, in ricordo di Santa Barbara patrona degli artiglieri.
Il programma prevedeva una parte ufficiale dalle ore 11.00, seguita da aperitivo e pranzo in comune.
Rammentiamo che la Società ticinese di artiglieria è nata nella sua forma attuale nell'anno 1968 per iniziativa del col. Colombi (rgt art 9), del magg. SMG Rosa (gr can. pes. 49) e del magg. Besomi (Gr. Fort. 9). Primo presidente fu il cap. Luigi Pini. In seguito, grazie alla regolare alternanza alla presidenza e al continuo rinnovamento dei membri di comitato l'attività sociale si consolidò progressivamente, fino a conoscere fervore negli ultimi anni, con visite a reparti e viaggi storico-culturali. Inoltre la STA si è adoperata per la conservazione e il restauro (tuttora in corso) dell'opera A8154 di Mairano, bunker in calcestruzzo armato con un obice 10,5 cm.

Soci appassionati

Oggi la STA conta 130 soci appassionati di storia dell'artiglieria. Tra gli scopi, oltre a quelli citati sopra, figurano anche l'aggiornamento delle conoscenze in materia di artiglieria e il mantenere vivo lo spirito di cameratismo. Inoltre la STA cerca di mantenere i contatti con le autorità, nell'interesse di un colloquio vivo e aperto su problemi relativi alle truppe ticinesi d'artiglieria e in particolare quelli concernenti i quadri delle truppe medesime.
Non da ultimo, collabora con la Società Ticinese degli Ufficiali e con la Società Svizzera di Artiglieria così come con associazioni aventi analoghi scopi.
«La nostra Associazione – ha spiegato il maggiore Luca Cattaneo – nasce con lo spirito di tramandare la memoria storica dell'Arma che ha formato in 100 anni ufficiali, sottufficiali e soldati, accumunati dall'Arma dell'artiglieria».

Della storia passata e recente della STA e dell'artiglieria ticinese in generale, degno di nota il mantenimento del Gruppo di artiglieria 49 (Gr art 49). Dall'inizio del 2018, le redini della formazione italofona sono passate nelle mani del maggiore SMG Francesco Galli.
Il mitico «Quarantanöv» riporta indietro nella memoria numerosi artiglieri ticinesi ed è un orgoglio per il nostro cantone. Il Ticino ha così mantenuto la componente «Combattere», che con «Salvare» e «Proteggere» costituisce uno dei tre grandi ambiti di compiti dell'Esercito svizzero moderno.
Rammentiamo che l'artiglieria è la più importante arma di sostegno per le formazioni meccanizzate di combattimento e per la fanteria.

L'associazione è aperta a tutti gli artiglieri ticinesi. Infatti tutti i militari, senza distinzione di grado, che hanno prestato servizio nell'artiglieria possono aderire di diritto alla società.

Testo e foto Giorgio Piona

Pillole di storia dell'artiglieria svizzera

Nel 1904 l'esercito si dotò del cannone 7,5 cm a tiro rapido, montato su affusto a deformazione (72 batterie da quattro pezzi sostituirono 56 batterie da sei pezzi calibro 8,4cm); nel 1912 entrarono in uso gli obici calibro 12 cm, nel 1916 quelli calibro 15 cm. Dal 1870 l'alzo venne regolato in millesimi, secondo la proposta avanzata nel 1864 dal capitano vodese Charles Dapples, che aveva pure suggerito l'adozione del metro. Poco mobile,

Per informazioni:
Cap. Gregory Bronz,
Via Valegia 24,
6926 Montagnola,
o via email: info.sta@bluewin.ch,
art.fort9@gmail.com.

l'artiglieria di posizione assicurava la difesa di luoghi provvisoriamente fortificati (Morat, Hauenstein) con vecchi pezzi che in precedenza erano appartenuti all'artiglieria da campagna.
Dal 1885 sugli assi di comunicazione di importanza strategica furono costruite fortificazioni permanenti, pure dotate di pezzi che facevano parte del materiale dell'artiglieria da campagna. Dal 1891 queste fortificazioni furono munite di casematte blindate; progettate dal colonnello Julius Meyer, erano trasferibili all'esterno su rotaie Decauville. Tra il 1916 e il 1935 il Dipartimento militare federale non introdusse nuovi materiali per l'artiglieria. Nel 1935 ebbe inizio la fabbricazione su licenza di cannoni da campagna calibro 10,5 cm (nel 1939 furono prodotte 214 canne) e di pezzi da montagna della ditta svedese Bofors.

50 anni della STA, visita Museo forte Mondascia

Dopo il 1945 le ordinazioni di obici calibro 10,5 cm e 15 cm cessarono. Nel secondo dopoguerra l'artiglieria da campagna, ancora parzialmente affidata al traino animale, fu completamente motorizzata. Ulteriori progressi furono compiuti grazie al programma d'armamento varato nel 1968, che comprendeva l'acquisto di obici blindati americani M-109 calibro 15,5 cm; questi assicuravano una maggiore mobilità e la protezione dei cannonieri anche contro le armi nucleari e chimiche. Nel 1986 l'artiglieria da fortezza venne potenziata con l'acquisto di lanciamine a due canne calibro 12 cm e la costruzione di monoblocchi in cemento armato attrezzati con moderni pezzi calibro 15,5 cm.
Nel 1995 le truppe di montagna disponevano di artiglieria trainata, mentre quelle di campagna (fanteria e reparti meccanizzati) erano dotate di 400 obici blindati con una gittata di 25 km, più volte modernizzati. L'elettronica e l'informatica hanno permesso di aumentare la velocità di fuoco, ma l'artiglieria svizzera. non si è ancora dotata di lanciarazzi multipli e di missili, le sole armi in grado di colpire obiettivi situati a un centinaio di chilometri.

Testo e foto Giorgio Piona

Fantastisch! Das sollte eine Wanderausstellung werden!

So äusserte sich ein begeisterter Bundesrat Johann Schneider-Ammann über die neue Sonderausstellung «Landesstreik 1918» anlässlich ihrer Eröffnung am 30.6.2018 im Museum im Zeughaus Schaffhausen. Ich möchte die Ausstellung gerne in Bern zeigen, meinte der Magistrat weiter. Doch nun der Reihe nach.

Ungewohnter Tumult

Überrascht war, wer sich von früheren Museumstagen an bestens strukturierte, geordnete offizielle Eröffnungen gewohnt war. Da fiel doch tatsächlich ein als Arbeiter von 1918 gekleideter Demonstrant dem Stiftungsratspräsidenten, Martin Huber, ins Wort kaum hatte dieser mit der Begrüssung der rund 450 Gäste und Besucher begonnen. Während der Arbeiterführer u.a. die Forderung nach der 48 Stunden Woche ausrief, verteilten seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter Flugblätter an das Publikum, unter das sich etliche Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten gehobenen Gesellschaft im Look von 1918 gemischt hatten. Diese äusserten ebenso lautstark ihre Empörung über die gestellten Forderungen. Das Intermezzo, gespielt von Darstellern eingekleidet und moderiert von Monika Stahel (Gewesene Zeiten), stimmte das Publikum gut auf das Thema der Ausstellung «Landesstreik 1918» ein und bot auch gerade die Überleitung zur Rede von Bundesrat Johann Schneider-Ammann, zum Thema «Die Sozialpartnerschaft – ein Trumpf der Schweiz früher, heute und In Zukunft».
Schon als Unternehmer und als Präsident von Swissmem hat sich Schneider-Ammann zu diesem Thema stets mit grossem Einsatz engagiert. Zu den «Demonstranten» meinte er spontan, dass Streiks bei Meinungsverschiedenheiten nicht zielführend und in unserem Land die Sozialpartner mit nur einem Streik pro Jahr glücklicherweise vorbildlich seien.

Schauspieler inszenieren einen Tumult

Plädoyer

In lockerer Weise legte der hohe Magistrat ein eindrückliches Plädoyer für seine Prinzipien, die gelebte Sozialpartnerschaft und den Wirtschaftsstandort Schweiz ab. Es ist die Vollbeschäftigung, die nur funktioniere, weil die Sozialpartnerschaft existiere und kein staatlicher Gesetzeswust entstanden sei. Dafür gebe es Verträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern. Eine tragende Säule sei auch das ausgezeichnete duale Bildungssystem. Drei von vier Firmen würden junge Leute ausbilden. Es gäbe noch viele interessante Details aus seinem gehaltvollen Vortrag zu berichten. Das echte, innere Engagement von Bundesrat Schneider-Ammann war für alle Zuhörer spürbar.

Die Ausstellung

Deren Kurator, Dr. Ernst Willi, würdigte die Besonderheiten des Themas und die Ausstellung. Diese zeige die Ursachen, den Verlauf und die Auswirkungen des Landesstreiks in der Schweiz und in Schaffhausen aus der damaligen Perspektive heraus, neutral und ohne zu werten. Die prekäre Situation des Landes während des Ersten Weltkriegs komme zur anschaulichen Darstellung, wie auch die Gräben, die durch das Land gingen. Weitere Streiks vor und nach dem Landesstreik und die Radikalisierung eines Teils der Arbeiterbewegung seien ebenso Thema der Ausstellung wie die Angst des Bürgertums vor einem Umsturz und die Rolle der Armee im Ordnungsdienst. Der Landesstreik werde eingeordnet als wichtige Etappe auf dem langen Weg zum Sozialstaat und zur Sozialpartnerschaft. Die damalige Zeit werde

Leute von 1918, Regie: Monika Stahel

unter anderem durch eindrückliche szenische Darstellungen, liebevoll gestaltet von Monika Stahel und dem Schaffhauser Künstler Erwin Gloor, veranschaulicht.

Im Anschluss an die offizielle Eröffnung nutzten zahlreiche Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit, mit Bundesrat Schneider-Ammann ins Gespräch zu kommen.

Die Ausstellung «Landesstreik 1918» ist an den Museumstagen vom 6.10. und vom 10. und 11.11.2018 sowie in der Regel an Dienstagen (Tel: 052 632 78 99) geöffnet. Führungen werden auf Anfrage jederzeit gerne durchgeführt. (www.museumimzeughaus.ch).

Text und Foto: Richard Sommer, Kommunikation MZ

Buchempfehlungen / Recommandations de livres

Sara Randell: Den Krieg beenden. Die Operation Sunrise und Max Husmann

Die Endphase des Zweiten Weltkrieges ist gekennzeichnet durch diverse Bemühungen das Völkerringen zu beenden; nur wenigen dieser Aktivitäten war ein Erfolg beschieden, darunter findet sich eine, die ihren Ursprung in der Schweiz hatte.

Anfangs 1945 war der Krieg für die Deutschen bereits verloren; sie praktizierten aber auf manchen Rückzügen das Prinzip der verbrannten Erde und vergrösserten damit die Leiden der Zivilbevölkerung. Doch auch in der deutschen Führung gab es Exponenten, die bereit waren den Führereid zu brechen und den sinnlosen Krieg zu beenden.

Im Februar 1945 begann die später so benannte Operation Sunrise, zur Beendigung des Krieges in Oberitalien. Baron Luigi Parrilli erhielt in Italien Nachrichten, dass die Deutschen bei einem Rückzug aus Oberitalien planten, dieses Gebiet in eine Wüste zu verwandeln und alles zu zerstören. Parrilli wandte sich in der Folge an den ihm bekannten Dr. Max Husmann, den Eigentümer des Instituts Montana auf dem Zugerberg. Husmann seinerseits verständigte seinen Bekannten Major Max Waibel vom militärischen Nachrichtendienst der Schweiz.

Waibel, Husmann und Parrilli trafen sich am 22. Februar 1945 in Zürich. Aus Parrillis Informationen von Kreisen der SS in Italien wurde schnell klar, dass nur schon auf das Gerücht Oberitalien dem Erdboden gleich zu machen, gehandelt werden musste. Eine Herausforderung für alle Beteiligten.
Waibel traf sich nun mit Allen Dulles, dem Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in der Schweiz (OSS), womit die geheime Operation in Gang gesetzt wurde.

Der Kontakt mit den Deutschen liess sich herstellen und bereits anfangs März 1945 reisten zwei deutsche Offiziere in die Schweiz. Von Husmann wurde den Deutschen klargemacht, dass es zu diesem Zeitpunkt nur eine Pflicht geben könne, den Krieg mit allen Mitteln zu verkürzen. Im Weiteren würde es nur Frieden geben bei einer bedingungslosen Kapitulation der deutschen Armeen in Italien.
Die deutsche Wehrmacht konnte aber nicht kapitulieren, bis die zuständigen Generäle ihr dies befehlen würden. Husmann versuchte ein überzeugendes Bild der Situation aufzuzeigen.

Kurz darauf wurden zwei in Italien inhaftierte Partisanen freigelassen und der hochrangige SS-General Karl Wolff besuchte die Schweiz, um die Gespräche fortzuführen. Husmann hatte ihm in einer langen Eisenbahnreise von Chiasso nach Zürich erklärt, die deutsche Sache sei aussichtslos und der Krieg verloren.
Im Gespräch zwischen Dulles und Wolff trafen erstmals amerikanische und deutsche Vertreter zusammen. Dulles wertete das Gespräch als vollen Erfolg und Wolff versprach alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine Kapitulation herbeizuführen und Generalfeldmarschall Kesselring (Oberbefehlshaber in Italien) von der Sinnlosigkeit weiterer Kämpfe zu überzeugen.
Wolffs Versprechen liess sich nicht so einfach durchführen; es gab verschiedene Widerstände.

Sara Randell
Den Krieg beenden.
Die Operation Sunrise und Max Husmann, 144 S.
Stämpfli Verlag, Bern 2018.
ISBN 978-3-7272-6013-1
(Deutsche Ausgabe)
Verkaufspreis CHF 34.–

Husmann hat sich stets für die Bildung und für den Frieden eingesetzt, vertraute auf die Macht des Dialogs und hatte eine klare Zielsetzung.
Zum ersten Mal trafen sich die Kriegsgegner direkt am 19. März 1945 in Ascona am Lago Maggiore. Am Geheimtreffen, von Dulles und Waibel arrangiert, nahmen 18 Personen teil.

Vor dem Treffen verzögerte aber der personelle Wechsel im Oberkommando der Wehrmacht in Italien zu Generaloberst Vietinghoff den Fortgang des Projekts, ebenso wie politische Machenschaften, die ausserhalb des Einflussbereichs von Dulles und Waibel lagen.
In Ascona trafen sich Wolff und zwei alliierte Generäle, ein Amerikaner und ein Brite, wobei beide Alliierten am Ende des Treffens überzeugt waren, in ihrem gemeinsamen Bemühen um einen Frieden vom Deutschen unterstützt zu werden.

Was als Erfolg verbucht wurde, konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass kritische Fragen zur Kapitulation ungelöst blieben. Die folgende Zeit bestand aus Warten und es war völlig unklar, wie die Operation Sunrise ausgehen würde. Am 16. April 1945 starteten die Amerikaner in Italien eine Grossoffensive; damit schien die Chance verpasst, das Blutbad zu vermeiden. Die Wirren gingen unvermindert weiter und mehr als einmal stand Sunrise kurz vor dem Aus, konnte aber doch noch gerettet werden.

Die Kapitulationsdokumente wurden von zwei deutschen Offizieren am 29. April 1945 im barocken Königspalast von Caserta, dem Hauptquartier der Alliierten, unterzeichnet.
Trotz Übermittlungsschwierigkeiten der Kapitulation endeten die Feinseligkeiten am 2. Mai 1945 um 12 Uhr mittags mitteleuropäische Zeit. Damit war die Operation Sunrise offiziell beendet. Die deutschen Befehle zur Zerstörung von Oberitalien wurden ignoriert.
Die Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Europa trat am 8. Mai 1945 in Kraft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die geheime Operation Sunrise vertuscht und politische Gründe führten dazu, Stillschweigen zu bewahren. Wolff wurde in Hamburg 1948 der Prozess gemacht und anschliessend auf Bewährung freigelassen; 1964 in München vor Gericht gestellt, wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

Husmann kämpfte ein Leben lang für Toleranz. Eine Schule, die auch als Lebensraum diente, war ein Ort, an dem harmonisches Zusammenleben gelernt werden konnte. Husmann wird in Verbindung mit der Operation Sunrise mehrheitlich eine Rolle im Hintergrund zugeschrieben. Er erklärte sich als Privatperson freiwillig bereit, über die Operation Sunrise zu sprechen und unterstützte Wolff auch nach Kriegsende.
Waibel wurde vom Bundesrat verboten über Sunrise zu berichten und zu publizieren; er wurde als Militärattaché nach Washington geschickt.

In Italien erschien 1948 das Buch von Ferruccio Lanfranchi, La resa degli ottocentomila, mit den Memoiren von Baron Luigi Parrilli, über die Kapitulation in Norditalien.
Das Buch von Allen Dulles und Gero von Schulze-Gaevernitz, Unternehmung Sunrise. Die geheime Geschichte des Kriegsendes in Italien, erschien 1967 in deutscher Fassung.
Erst 1981 erschien das Buch von Max Waibel, Operation Sunrise, 1945 – Kapitulation in Norditalien. Originalbericht des Vermittlers.

Schluss auf Seite 5

Fritz Kälin: «Totale Landesverteidigung im Kalten Krieg als kleinstaatliche Selbstbehauptungsstrategie im 20. Jahrhundert»

Der Autor legt mit seiner Dissertation ein in Inhalt und Umfang umfassendes und quellenmässig sorgfältig belegtes Werk über die Leitungsorganisation der schweizerischen Gesamtverteidigung und deren Übungen von 1968 bis 1998 vor.

«Die ab 1956 alle paar Jahre abgehaltenen Grossübungen dienten nicht nur der Reflexion über die Bedrohungslage, sondern auch als Nabelschau für den organisatorischen Aufbau des Gesamtverteidigungsapparates. Dessen Mängel traten an den Übungen unübersehbar zu Tage.»

«Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Leitungsorganisation und den Rat für Gesamtverteidigung» vom 30. Oktober 1968

Die Reibungsverluste in der Krisenführung seien gegenüber einer zentralistischen Alternative in Kauf genommen worden. Bei einer solchen hätten die austarierten föderalistischen Verhältnisse zwischen Bund und Kantonen signifikant geändert werden müssen, zum Beispiel die Zusammenfassung aller an der Gesamtverteidigung beteiligten Bundesstellen in einem einzigen Departement.

«Während die Armee die Abwehr eines möglichen Angriffs bis ins Detail plante und die dafür nötigen doktrinellen, organisatorischen und materiellen Voraussetzungen schuf, konstruierte man im zivilen Bereich neben materiellen Massnahmen […] ein zunehmend feines Räderwerk für die Führung unter schwierigsten Bedingungen. […] Dieses enge Beziehungsgefüge bildet den zentralen Gegenstand der zeitgeschichtlichen Untersuchung.»
Bruno Lezzi im «Vorwort».

«Mindestens so wichtig wie die letztlich nie perfekten Kompetenzregelungen war, dass die Führungsverantwortlichen einander persönlich kennenlernten.» Die Gesamtverteidigungsübung von 1988 sei Höhepunkt und zugleich Anfang vom Ende einer während Jahrzehnten bestehenden Führungs- und Stabsorganisation gewesen.

Von den 16 Kapiteln des Buches seien besonders erwähnt: «Organisatorische Ausgestaltung der Gesamtverteidigung von Armee, Bund, Kantonen und Gemeinden», «Gesamtverteidigung in der Schweiz und in anderen Ländern» sowie «Oberbefehl und totale Landesverteidigung». Hier ist von den prägenden Führungspersönlichkeiten in den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts und vom Oberbefehl im totalen Krieg aus Schweizer Sicht zu lesen.

«Totale Landesverteidigung wurde von der schweizerischen Armee in den Weisungen für die operative Führung 1966 (entklassifiziert) definiert als: ‹Die Gesamtheit aller militärischen und zivilen Massnahmen zur Wahrung der Unabhängigkeit des Landes, der Existenz des Volkes und der Unversehrtheit des Staatsgebiets.‹«

«Für die Schweiz hielt Alfred Ernst [Autor von «Die Konzeption der schweizerischen Landesverteidigung 1915–1966»] das englische Beispiel der Kompetenzordnung für den vielversprechendsten Ansatz. In England hätte während des Ersten Weltkrieges nicht eine ‹Vernichtungsstrategie› das Denken dominiert, weil Premierminister Llyod George dafür sorgte, dass die politische Führung gegenüber dem Militär die Leitung behielt.»
Die schweizerische «Gesamtverteidigung» von Fritz Kälin wird für lange Zeit das Standard-Nachschlagewerk für die staatliche Führungs- und Stabsorganisation in Krisen-, Katastrophen und Kriegslagen und insbesondere deren Vorbereitung bleiben. Nach Überzeugung des Schreibenden wurde die verhältnismässig kostengünstige Leitungsorganisation der Gesamtverteidigung 1998 infolge falscher Bedrohungswahrnehmung und Lagebeurteilung grobfahrlässig und ohne tauglichen Ersatz zerschlagen.
Mit dem «Sicherheitsverbund Schweiz» (SVS) wird seit 2012 immerhin versucht, die empfindlichen Lücken zu schliessen und die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen wieder zu beleben, zu organisieren und endlich wieder zu üben. Es bleibt zu fordern, dass die Lehren aus der insgesamt wirkungsvollen Zeit der «Gesamtverteidigung» zu ziehen und umzusetzen sind.

Heinrich L. Wirz

Fritz Kälin:
Die schweizerische «Gesamtverteidigung» – Totale Landesverteidigung im Kalten Krieg als kleinstaatliche Selbstbehauptungsstrategie im 20. Jahrhundert
629 Seiten, 39 Abbildungen und Tabellen, Literatur- und Personenverzeichnis, broschiert.
Dissertation Universität Zürich.
Schriftenreihe Nr. 72 der Bibliothek am Guisanplatz (BiG), Bern 2018.
www.big.admin.ch
ISBN 978-3-906969-88-6.
ISSN 2296-4630.
Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern / www.bundespublikationen.admin.ch
Verkaufspreis 59 Franken.

NEIN zum Entwaffnungsdiktat der EU – Das Referendum gegen die EU-Waffenrichtlinie

Die Interessengemeinschaft Schiessen Schweiz (IGS) – sie vertritt 14 verschiedenen Verbände mit insgesamt fast 200 000 Mitgliedern – ergreift das Referendum gegen die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie.

Die von Bundesrat und Parlamentsmehrheit beschlossene Gesetzesänderung bedeutet mittelfristig das Ende des Schiessens als Breitensport in der Schweiz. Dies ist für die IGS inakzeptabel.
Die Übernahme der EU-Waffenrichtlinie bietet keinerlei Sicherheitsgewinn, bedeutet mittelfristig aber das Ende des Schiessens als Breitensport in der Schweiz. 2005 hat der Bundesrat versprochen, der Beitritt der Schweiz zu Schengen werde zu keinen einschneidenden Verschärfungen des Schweizer Waffenrechtes führen. Dieses Versprechen wird mit der jetzt beschlossenen Gesetzesänderung gebrochen.

Einschneidendes Gesetz
Um keinen Konflikt mit Brüssel zu riskieren, wollen Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Rechte der Schweizer Schützinnen und Schützen opfern. Werner Salzmann, Nationalrat SVP und Mitglied des Referendumskomitee: «Dieses Entwaffnungsdiktat ist unrecht, freiheitsfeindlich, nutzlos, gefährlich und antischweizerisch – es bleibt uns nichts anderes übrig, als das Referendum zu ergreifen. Das Volk muss entscheiden können, ob es sich sinn- und zwecklose Gesetze geben lassen will, die nur aufgrund ausländischen Drucks erlassen wurden.» Besonders stossend ist, dass das beschlossene Gesetz Auflagen wie die Nachregistrierungspflicht vorsieht, die vom Volk an der Urne bereits explizit abgelehnt worden sind: Eine derartige Missachtung des Volkswillens ist unserer Demokratie unwürdig.

Auch wenn es noch so oft wiederholt wird: Die geplante Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgt nicht pragmatisch. Vielmehr wird ein eigentliches Bürokratiemonster geschaffen. Mit der Gesetzesrevision werden nämlich der Erwerb und der Besitz von handelsüblichen halbautomatischen Waffen verboten. Wer künftig solche – neu – verbotenen Waffen besitzen möchte, braucht ab sofort einen Bedürfnisnachweis. Nicht nur muss ein Grund für den Erwerb und den Besitz einer Waffe angegeben werden, – der Waffenbesitzer hat auch regelmässig Schiesspflichten zu erfüllen. Dies ist eine massive Einschränkung gegenüber dem heutigen Recht.
Die Gesetzesrevision überlässt zudem wichtige Aspekte (wie grundlegende Unterscheidung zwischen Hand-/Faustfeuerwaffen sowie die Modalitäten betreffend Schiesspflicht, Beschlagnahmepraxis und Nachregistrierung) einer Ausführungsverordnung, die von Bundesrat und Verwaltung ausgearbeitet werden. Dazu hat dann weder das Parlament noch das Volk etwas zu sagen. Damit wird die parlamentarische Gesetzgebung ausgehebelt.

Schengenmitgliedschaft bleibt
Bundesrat und Mehrheit des Parlaments behaupten, eine Ablehnung der Gesetzesänderung würde die Zugehörigkeit der Schweiz zu Schengen gefährden. Die Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie liegt jedoch allein im Ermessen der Schweiz. Die Schweiz kann feststellen, dass unser Waffengesetz alle Aspekte der EU-Waffenrichtlinie erfüllt und keine weiteren Anpassungen notwendig sind. Es gibt keine fremden Richter mit der Kompetenz, darüber zu urteilen.

Redaktion

Unterschriftsbögen zur Unterstützung des Referendums können auf der Website des Komitees unter EU-Diktat-Nein.ch/Referendum heruntergeladen werden. Alternativ können die Unterschriftsbögen auch über folgende Adresse bestellt werden:
Referendum
Nein zum Entwaffnungsdiktat der EU
Postfach 54
8416 Flaach

Aufruf zum Referendum, Foto zVg

Brief an die Redaktion

Replik auf den Leitartikel der Ausgabe 2/2018 von Pro Militia
Der Artikel von Simon Küchler hat mich so überzeugt, dass ich frühere Leserbriefe nochmals zusammenfasse, denn viele, welche die Armee «entmannt» haben, operieren mit der halben Wahrheit. (…):
1. Die Maginot-Linie hat 1940 gezeigt, dass Festungen nichts taugen. Unsere Festungen waren nicht in einer Linie, sondern gegenseitig vernetzt, wie das Bespiel rund um das Urserental zeigen konnte.
2. Eine Armee muss mobil sein, sonst wird sie vom Gegner erdrückt und kann nicht richtig reagieren.
Mobilität setzt voraus, dass man die Luftherrschaft besitzt. Die deutsche Panzerarmee, welche die Alliierten in Calais erwartete, musste später in die Normandie verschoben werden, kam aber dort stark dezimiert an, denn die Alliierten sollen 10'000 Flugzeuge eingesetzt haben, während die deutschen Jäger mangels Sprit am Boden blieben. Deshalb gleicht die Armee ohne Luftschirm der polnischen Kavallerie, die mit Säbeln die deutschen Panzer angriffen.
3. Der Festungs-Minenwerfer auf der Abschussliste.
Dies ist wirklich unverständlich, denn das Geschütz ist bereits in Stellung und seine Munition ist in Griffnähe und muss nicht unter Gefahren nachgeschoben werden. Es schiesst im vollen Radius und wurde für die Unterstützung der Sperren der Infanterie eingesetzt, denn eine Sperre ohne Unterstützungswaffe fällt über kurz oder lang. Nehmen wir als Beispiel einen solchen Werfer, der in der Gegend von Andermatt stehe. Er kann alle Sperren an den Passstrassen und Seitentäler unterstützen und (…) wäre die ideale Waffe mit 20 Schuss pro Minute, um den Gegner aufzuhalten. Selber ist er für einen Angreifer an der Oberfläche kaum auszumachen. Die Bedienung dieses Geschützes ist einfach und ist in ein paar Stunden intus.

Ich habe hier als ehemaliger Kdt eines Festungsregiments alte und unwahre bzw. Halbwahrheiten ins richtige Licht gestellt. (…)

Leserbrief von Josef Brunner, Oberst aD, Oberwil/BL, von der Redaktion gekürzt.

Werden Sie Mitglied von Pro Militia!
Devenez membre de Pro Militia!
Diventate soci di Pro Militia!

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name/*nom*/cognome

Vorname/*prénom*/nome

Geburtsdatum/*date de naissance*/data di nascita

Strasse Nr./*rue n°*/via n°

PLZ, Wohnort/*NPA, domicile*/NPA, domicilio

Datum/*date*/data

Unterschrift/*signature*/firma

Bitte einsenden an/renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia
Postfach/case postale 7249; 6304 Zug
Konto/Conto Raiffeisenbank Cham-Steinhausen, 6330 Cham
IBAN: CH 02 8145 5000 0956 5055 5

Jahresbeitrag Fr. 30.– / *Cotisation annuelle Fr. 30.–*

Dal Ticino e dal Grigioni italiano spedire p.f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 35.–

Pro Militia

Impressum

28. Jahrgang/28e année/28° anno

Erscheint vierteljährlich/
Paraît trimestriellement/
Trimestrale

Nummer/Numéro/Numero 3/2018, 8.10.2018

Abschlussdatum/Date de clôture/
Data di chiusura: 04.10.2018

Druckauflage/Tirage/Tiratura:
2500

Nächste Nummer/Prochain Numéro/Prossimo Numero 4/2018
Redaktionsschluss/
Délai de rédaction/
Termine di redazione:
30.10.2018

Erscheinungsdatum/
Date de parution/
Data di pubblicazione:
19.11.2018

ISSN 1662-5560

www.promilitia.ch

Herausgeber/Editeur/Editore

Pro Militia
Vereinigung ehemaliger und eingeteilter Angehöriger der Schweizer Armee/Association d'anciens militaires et de militaires incorporés de l'Armée suisse/Associazione di ex militari e di militari incorporati dell'Esercito svizzero

Co-Präsidenten/Co-présidents/Copresidenti:
Theo Biedermann, Peter Schneider

Presidente Sezione della Svizzera Italiana (SSI): Angelo Polli

Chefredaktor / Rédacteur en chef / Caporedattore:
Martin Fricker,
redaktion@promilitia.ch
martin.fricker@martinfricker.ch

Insertionsbedingungen:

Format	CHF
1/1 Seite	1500.–
1/2 Seite hoch/quer	800.–
1/4 Seite hoch/quer	500.–
1/8 Seite hoch/quer	300.–

4-farbig oder schwarz/weiss

www.promilitia.ch

Geschäftsstelle/Secrétariat/Ufficio
Postfach/Case postale/Casella postale 7249, 6304 Zug
sekretariat@promilitia.ch

Druck und Versand/Impression et expédition/Stampa e spedizione:
Stämpfli AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten/
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati

Einzelverkaufspreis: CHF 5.–
Bezugsquelle: Geschäftsstelle Pro Militia

Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea